

»Wir sollten nicht undifferenziert jubeln ...« Kühne Visionen und selbstkritische Reflexionen: ein Interview mit Alt-Rektor Cornelius Weiss und dem Mitbegründer des StudentInnenRates Peer Pasternack

Herr Professor Weiss, als erster frei gewählter Rektor nach dem Zusammenbruch der DDR haben Sie die Universität maßgebend mitgeprägt. Quasi über Nacht wurden Sie vom Chemiker zum Repräsentanten einer der größten ostdeutschen Hochschulen. Erinnern Sie sich an Ihren ersten Tag im Amt?

Weiss: Aber natürlich. Am ersten Morgen meiner Amtszeit habe ich zunächst meine zukünftigen vier engsten Mitarbeiter im Rektoratsbüro »offiziell« begrüßt. Dann wurde ich zu dem bis dahin amtierenden Rektor Gerhard Leutert geführt. Er war kurz angebunden, zeigte auf einen hohen Stapel Papier und sagte: »Herr Weiss, diese Sachen sind noch nicht erledigt. Viel Glück!« Dann schüttelte er mir die Hand und ging – offensichtlich erleichtert. Mit den Mitarbeitern im Rektorat habe ich anschließend Vier-Augen-Gespräche geführt, und mir wurde gezeigt, wie die tägliche Arbeit organisiert ist. Was mir allerdings nicht gesagt wurde, wohl weil es eigentlich selbstverständlich ist: dass man dienstliche Briefe nicht mit nach Hause nimmt, beantwortet und dann wegwirft. Denn diese Briefe haben ja Eingangsnummern und müssen ebenso wie die Antworten archiviert werden. Das wusste ich nicht, und dadurch sind die ersten zwölf Briefe nach meinem Amtsantritt verschwunden. Da stand aber nichts Geheimnisvolles drin. Als erste Amtshandlung habe ich eingeführt, dass es keine festen Sprechzeiten mehr gibt, sondern dass jeder, der ein Anliegen hat, mich nach Anmeldung im Sekretariat schnell und unbürokratisch sprechen kann, damit niemand draußen warten muss wie beim Zahnarzt.

Ihre Arbeit in der »Initiativgruppe zur demokratischen Erneuerung«, die die Universität ins neue Zeitalter bringen wollte, hat mit Ihrem Amtsantritt 1991 Früchte getragen. Haben Sie überhaupt damit gerechnet, die Wahl zum Rektor zu gewinnen?

Weiss: Ich habe nie mit diesem Gedanken gespielt, ehrlich nicht. Zur Erklärung: Ich war Gründungsmitglied der basisdemokratischen Initiativgruppe, die sich im Frühjahr 1990 spontan zusammengefunden hatte, im Frühstücksraum im vierten Stock des damaligen Hauptgebäudes. Ein Dutzend Naturwissenschaftler, einige Geisteswissenschaftler

und bald auch ein paar Mediziner. Wir wollten über die erforderliche Demokratisierung der Universität reden. Das waren zunächst alles Leute wie ich, die etwas ändern wollten, aber bis dahin mit Politik sehr wenig zu tun gehabt hatten. In diesem Kreis hatte ich mich ziemlich engagiert. Das war auch notwendig, denn immer wieder drohte diese Initiativgruppe zu entgleiten in so eine Art selbsternanntes oberstes Gericht. Aber ich habe gewiss nicht irgendwelche persönlichen Ziele angestrebt. Auch als ich als Rektorkandidat nominiert wurde, habe ich das eher sportlich gesehen und gedacht: Ich tue meine Pflicht, und wenn das nicht klappt, dann gehe ich wieder zurück in meine Forschungsgruppe.

Dazu sollte es bis zu Ihrer Emeritierung aber nicht mehr kommen.

Weiss: Im Wahl-Konzil ging es damals ziemlich heiß her. Jeder der beiden Rektorkandidaten hatte zehn Minuten Zeit, sich vorzustellen und über seine Ziele zu sprechen. Ich habe eine sehr impulsive Rede gehalten. Eine Mehrheit des Konzils hat danach offenbar geglaubt, ich wäre der Richtige für das Amt. Erst in dem Moment, als ich gewählt war, wurde mir eiskalt. Weil mir da erst bewusst wurde, worauf ich mich eingelassen hatte. Ich fühlte die irre Verantwortung. Vierhundertdreißig Leute waren damals im Konzil. Eine hochemotionale Stimmung, Erwartungen aller Art, die sich zum Teil gegenseitig ausschlossen. Und jetzt sollte ich, mit nichts ausgerüstet – mit keinem entsprechenden Studium, mit keinerlei Erfahrungen –, in einer extrem schwierigen Zeit an exponierter Stelle in die Verwaltung gehen.

Herr Pasternack, auch Sie waren damals als Studentenvertreter im Konzil. Empfanden Sie die Stimmung ähnlich?

Pasternack: An die Rede von Herrn Weiss erinnere ich mich noch genau. Er hat sehr strukturiert gesprochen, das kam an. Die Stimmung insgesamt war aufgeheizt, es hat gebrodelt. Kein Wunder, um die Jahreswende 1990/91 wurden viele Studiengänge abgewickelt. Die Studentenschaft protestierte dagegen, jedenfalls ein größerer Teil von ihr, vornehmlich aus den Studienrichtungen, deren Studiengänge vor dem Aus standen; dabei besonders stark

die Journalistik-Studenten, denn für sie war anders als bei anderen Studiengängen keine Auffanglösung vorgesehen. Immerhin war es die einzige Journalistenausbildung der DDR. Im Abwicklungsbeschluss hieß es lapidar: Die Journalistik-Studenten werden um-immatrikuliert.

Aber die Journalistik überlebte den Beschluss und hat heute als Abteilung des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft (KMW) bundesweit einen exzellenten Ruf.

Pasternack: Die Journalistik wurde neu gegründet, aber erst nach den studentischen Protesten. Im ursprünglichen Beschluss sollte sie gestrichen werden, wie auch die Kulturwissenschaften. Infolge der Proteste wurden diese beiden Studienrichtungen ebenso wie die Studiengänge Jura, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Philosophie neu gegründet. In dieser Zeit hat sich der mittlerweile verstorbene Prorektor Günther Wartenberg als Mittler zwischen Ministerium und Studierenden verdient gemacht.

Fotos dokumentieren, wie die Studenten im damaligen Hauptgebäude unter dem Wandbild »Arbeiterklasse und Intelligenz« des Leipziger Malers Werner Tübke campierten. Damit nicht genug: Für die Erfüllung ihrer Forderungen gingen die Studenten sogar in einen Hungerstreik.

Pasternack: Ja, das war kurz vor Weihnachten 1990. Die Besetzung der Rektoratsetage hielt drei oder vier Tage an, und das Rektorat bezog daraufhin ein Exil, ich glaube in der Ritterstraße. Dann wurde gesagt, das Rektorat könne ja nur die Interessen der Universität vertreten, wenn es auch handlungsfähig ist. Die Handlungsfähigkeit sei auch an die Büros gebunden, an die Unterlagen und Kommunikationsmöglichkeiten, die dort bestehen. Jedenfalls war dann nach drei oder vier Tagen diese Blockade aufgehoben. Wenn nun jemand aus dem Rektorat in sein Arbeitszimmer wollte, dann ging er immer durch ein Spalier sitzender Studierender, die dann regelmäßig applaudierten. Das war natürlich halb ironisch und halb ernst.

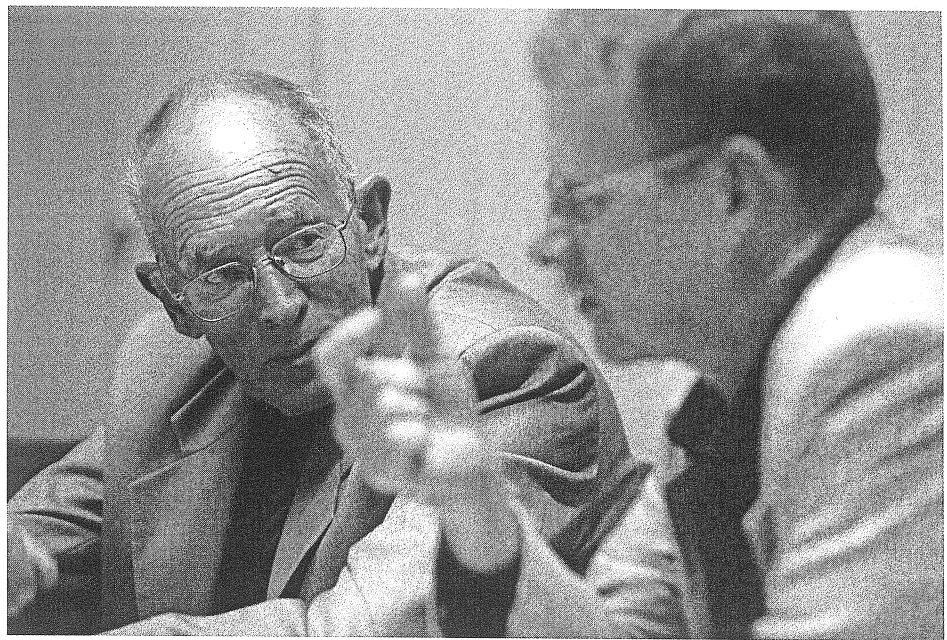
Weiss: Die Studenten haben während des Hungerstreiks auch Konzerte veranstaltet und im Foyer des Rektorats Transparente gemalt. Noch ein Jahr

danach war der Fußboden voll von Farbspritzern. Aber zurück zum Anlass, dem Abwicklungsbeschluss. Gegen ihn gab es zwei schwerwiegende Einwände. Erstens war die Abwicklung innerhalb der Universität nicht einmal andiskutiert oder angedacht worden, sondern sie wurde völlig überraschend von der frisch gegründeten und noch gar nicht richtig etablierten Landesregierung angeordnet. Die Demokratie wurde so mit Füßen getreten! Zweitens: Man machte einen Unterschied zwischen den Geisteswissenschaften, die per se als diskreditiert und größtenteils nicht fortsetzungswürdig eingestuft wurden, und den Naturwissenschaften und der Medizin, die eben nicht abgewickelt wurden und sich deshalb sofort als völlig unbelastet, ja gar als heilig empfanden und zum Teil meinten, sich zu Richtern über die Geisteswissenschaften aufschwingen zu können. Sie fühlten sich berufen, jetzt in das Horn der Schuldzuweisungen zu tuten. Das hat die Gräben zwischen Geistes- und Naturwissenschaften natürlich erst einmal ordentlich vertieft.

Pasternack: Dann gab es auch noch Merkwürdigkeiten in dem Abwicklungsbeschluss selbst, so waren etwa die Wirtschaftswissenschaften gar nicht betroffen. Alle anderen Bundesländer – es gab ja überall Abwicklungsbeschlüsse außer in Brandenburg – hatten die Wirtschaftswissenschaften selbstverständlich als staatsnahe Wissenschaften in der DDR in ihre Abwicklungsbeschlüsse einbezogen. In Leipzig war der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf seit 1988 Gastwissenschaftler und seit dem Sommersemester 1990 Honorarprofessor der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Der Verdacht lag nahe, dass man den amtierenden Landesvater nicht dadurch beschädigen wollte, indem man der Presse die Vorlage liefert, sagen zu können, auch der Ministerpräsident ist Professor an einer abzuwickelnden Einrichtung. Hinterher wurde das zum Schreibfehler deklariert, und dann standen die Wirtschaftswissenschaften in dem Abwicklungsbeschluss mit drin.

Herr Weiss, wie haben Sie den damals sich konstituierenden StudentInnenRat (StuRa) und seinen Gründer Peer Pasternack wahrgenommen?

Weiss: Es war noch in Zeiten der Abwicklung, als ich einige Male als Vertreter der Initiativgruppe bei



großen studentischen Vollversammlungen zu Gast war. Die Studenten debattierten bis in die Nächte sehr intensiv und zum Teil sehr emotional, und da habe ich Herrn Pasternack zum ersten Mal gesehen. Ich wusste aber schon, dass er der führende Kopf bei der Gründung des StuRa war, denn er war derjenige, der in der Öffentlichkeit am meisten in Erscheinung trat. Die Studenten – und nicht nur sie – haben ihn geschätzt, denn er hat auch in unübersichtlichen Situationen stets gewusst, was zu tun ist, und die richtigen Worte gefunden. Natürlich war die Uni-Leitung nicht mit allem einverstanden, was die Studenten machten. Und leider war auch das Verhältnis der Initiativgruppe zu den Studierenden nicht gut. Vor allem im Zusammenhang mit der verordneten Abwicklung einiger Studiengänge war man zu dem Schluss gekommen,

die protestierenden Studenten seien Reaktionäre. Dabei haben sie eigentlich nur moniert, dass hier Unrecht geschieht. Wir trafen uns meist nur als Kontrahenten bei irgendwelchen Debatten. Später, als ich als Rektor die Senatssitzungen leitete, habe ich bemerkt, dass ich mit dem Herzen oft auf der Seite der Studierenden stand. Die sprachen oft Punkte an, die wir aus Nachlässigkeit oder simpler Zeitnot nicht genügend ernst genommen hatten. Heute sage ich: Wir hätten viel intensiver und besser zusammenarbeiten können. Dennoch kann ich sagen, dass es bei manchen Grundsatzentscheidungen durchaus ein Wir-Gefühl an der Uni gab. Und das währt bis heute und ist an der Universität Leipzig – bei allen natürlichen Gegensätzen zwischen Rektorat und Studenten – weitaus intensiver als an anderen ostdeutschen Hochschulen ausgeprägt.



Universität Leipzig / Jan Wolke (2)



Vereint im Widerstand gegen die Abwicklung der ostdeutschen Hochschulen: StuRa-Sprecher Peer Pasternack (rechts) und Gerald Leutert, Rektor der Uni Leipzig, im Dezember 1990

Herr Pasternack, der StuRa war damals alles andere als auf Kuschelkurs mit der Universitätsführung. Zu Recht?

Pasternack: Studierende artikulieren ihre Interessen und ihre Rolle entsprechend zugespitzt. Man kann nicht die große Ausgewogenheit von ihnen erwarten. Die Studierenden sind jung, unterscheiden mitunter nicht zwischen subjektiven Betroffenheiten und objektiven Lagen – kurz, sie sind erfüllt von Gerechtigkeitssinn. Ich denke, wenn man das in Rechnung gestellt hätte, dann wäre manche Kommunikation innerhalb der Universität in diesem ersten Jahr 1990 sehr viel entspannter abgelaufen. Eines war ausgesprochen schwierig: Wir waren zwar alle an der Universität zumindest verbal der Ansicht, dass das Ausdiskutieren von Interessen- und Meinungsunterschieden die große Errungenschaft des Herbstes '89 sei, aber innerlich waren wir dazu eigentlich überhaupt nicht in der Lage. Hinzu kam, dass niemand geübt darin war, Interessen- und Meinungsunterschiede wirklich auszudiskutieren, ohne Unterstellungen mitzudenken oder mitschwingen zu lassen. Da fehlte noch so etwas wie demokratische Routine, das musste erst erworben werden. Aber: Es ist auch nicht die Aufgabe der Studierenden, mit allem, was die Universität betrifft, einverstanden zu sein, es ist vielmehr ihre Aufgabe, den Finger in die entsprechenden Wunden zu legen. Ich bekam damals viel Besuch von aktiven Studierenden aus Westdeutschland, die sich an der Uni auf ihre politische Karriere vorbereiteten und mit allen Wassern gewaschen waren. Einer brachte mir ein Büchlein mit, das hieß »Wie manipulierte ich meinen Verein«.

Konnten Sie die Lektüre für Ihre Arbeit in akademischen Gremien nutzen?

Pasternack: Manches schon. Zum Beispiel wurde darauf hingewiesen, dass es ja in Gremien, die in

ovaler oder Vierseitenanordnung tagen, auf einer Seite immer das Präsidium gebe. Und wenn man da dummerweise nicht dazugehöre, habe man aber die Chance, dieselbe Aufmerksamkeit zu erlangen wie das Präsidium, wenn man sich genau gegenüber von ebendiesem setzt. Dort werde man zuerst gesehen, wenn man sich meldet, und könne Blickkontakt zum Präsidium halten. Das habe ich umgesetzt und bin zu den Senatsitzungen im damaligen Ziegenledersaal im Hauptgebäude immer eine halbe Stunde vor Beginn aufgetaucht, um den Platz im Gegenpräsidium zu besetzen. Nach vier, fünf Sitzungen war der Platz angestammt. Das hat tatsächlich dazu geführt, dass meine Wortmeldungen praktisch nie übersehen wurden.

Weiss: Auch ich habe damals ein Buch gelesen mit dem Titel »Latein für Angeber«. Das hatte ich in Bonn in einer Buchhandlung entdeckt, als ich dort an der Hochschulrektorenkonferenz teilnahm. Und dieses Werk hat mir auch im Senat geholfen. Da kam der in manchen Augen popelige Naturwissenschaftler und wusste die Mehrzahl von *conditio sine qua non*, nämlich *conditiones sine quibus non*. Mit solchen Geschichten konnte man so manchem Geisteswissenschaftler beiläufig ein bisschen imponieren.

Pasternack: Noch ein Wort zur Situation im Senat: Die meisten Dekane versuchten, das Amt relativ schnell loszuwerden. Das hatte zur Folge, dass nach kurzer Zeit Professor Wartenberg und ich die Dienstältesten im Senat waren. Das führte dazu, dass man Selbstverwaltungswissen akkumulierte, sich an Beschlüsse erinnerte, die längst hätten vergessen sein sollen, und so weiter. Mir wuchs dort eine Rolle zu, die über die eines studentischen Vertreters hinausging. Insofern habe ich die Zeit als konfliktreich in Erinnerung, aber sie hatte schon auch partnerschaftliche Elemente.

Herr Weiss, zum Ende Ihrer Amtszeit, 1997, gab es erneut große inneruniversitäre Debatten und wieder einen Streik. Viele Mitarbeiter fürchteten um ihre Anstellung.

Weiss: Das war ein eintägiger Warnstreik gegen die Stellenabbau-Pläne der Landesregierung, der zwischen Rektorat, Senat und den Studierenden verabredet worden war. Wir haben für diesen Vormittag sogar alle Mitarbeiter freigestellt, damit sie am Streik teilnehmen können. Es kam zu einer riesigen Protestdemo auf dem Innenhof der Uni. Das Bemerkenswerte war: Studierende, akademischer Mittelbau und Hochschullehrer einschließlich Universitätsverwaltung zogen an einem Strang. Was übrigens bei der Landesregierung auf erheblichen Unwillen stieß.

Herr Pasternack, provokativ gefragt: Waren die Studenten damals politisch aktiver als heute?

Pasternack: Das ist schwer vergleichbar. Ein höherer Anteil der Studenten war schon deshalb damals politisch interessierter, weil es insgesamt weniger Studierende, gerechnet auf ihren Anteil an der Bevölkerung, gab. Heute studiert ein sehr viel höherer Anteil der relevanten Altersjahrgänge, und dementsprechend sind auch mehr Unpolitische darunter. Typischerweise beschäftigt sich nur ein Bruchteil der Menschen intensiv mit Politik, die meisten nur am Rande. Die wenigsten wollen sich selbst politisch engagieren. Damals hingegen gab es eine Situation der Mobilisierung durch den Herbst 1989, der auch Leute, die sonst mit Politik und mit politischem Handeln nichts zu tun hatten oder haben wollten, plötzlich mitriss.

War das auch bei Ihnen so?

Pasternack: Nein, ich war ja schon politisch interessiert und bin es geblieben. Ich musste da nicht

Der damalige Rektor Cornelius Weiss bei der Ehrenpromotion von Prof. Fritz Meißner im November 1995 in der Aula der Alten Nikolaischule



Universitätsarchiv Leipzig

erst mitgerissen werden, ich riss ja mit. Außerdem hatten die Studenten auch Rollenvorbilder, weil in vielen anderen Ländern die Studierenden bei solchen politischen Bewegungen immer mit vorn dabei waren. In der Zeit waren gerade die Studentenproteste auf dem Tian'anmen-Platz in Peking zusammengeschossen worden, in der Tschechoslowakei hatten die Studierenden einen wesentlichen Anteil am dortigen Systemzusammenbruch, ähnlich in Polen. So prominent war die studentische Rolle in der DDR nicht. Damit verband sich auch häufig ein Vorwurf: »Bei der Umwälzung in der DDR war von den Studenten nichts zu sehen.« Das würde ich nicht ganz so sehen. Die Studierenden waren nicht komplett beteiligt, klar, aber das waren auch nicht die Betriebsabteilungsleiter oder die Tankwarte oder die Gemüsehändler, sondern es waren aus allen Bevölkerungsgruppen Minderheiten. Was ich für besonders erwähnenswert halte ist: Dass es im Herbst '89 politische Beteiligung auch vieler Studierender gab, ist insofern erstaunlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die Studierenden in der DDR durch den Konformitätsdruck in der Schule und durch die Hochschulzulassungspolitik eine ziemlich vorselektierte Gruppe darstellten.

Das würde bedeuten, dass es in der Studentenschaft per se eine besonders intensive Identifikation mit der DDR gab. Ist dies empirisch belegbar?

Pasternack: Die Studentenforschung hat festgestellt, dass die Identifikation mit zahlreichen Institutionen der DDR, wie SED oder FDJ, Ende der 1980er-Jahre absolut im Keller angelangt war. 1977 lag zum Beispiel die einschränkende Verbundenheit mit der FDJ laut einer Studentenintervallstudie noch bei 32 Prozent. Anfang 1989 war sie auf ganze 2 Prozent abgesunken. Das heißt, 98 Prozent der Studierenden konnten sich mit der FDJ nicht mehr identifizieren, was es uns natürlich auch erleichtert hat, den StuRa als neue Ver-

tretungsstruktur durchzusetzen – in einer Urabstimmung mit 70-prozentiger Wahlbeteiligung und über 90-prozentiger Zustimmung. Das sind Traumergebnisse, die später nie wieder erreicht wurden. Heute haben wir dagegen eine Situation, die sehr viel mehr am individualisierten Bildungs- und Berufserfolg orientiert ist.

Inwiefern wurden in der DDR die Lehrenden politisch »geimpft«?

Weiss: Alle fünf oder sechs Jahre musste man als Angehöriger des Lehrkörpers zu einem vierwöchigen Marxismus-Leninismus-Intensivkurs, der sogenannten Rotlichtbestrahlung, in Rohrbach/Thüringen. Das war in den sechziger und siebziger Jahren furchtbar, finsterste Holzhammer-Indoktrination. Dann aber änderte sich etwas. Das letzte Mal war ich 1987 bei einem dieser Kurse. Als ich nach Hause kam, sagte ich zu meinen Kollegen: Also, hier passiert im Moment etwas im Lande, fast eine Art ideologisches Tauwetter. Was die Lehrpersonen dort erzählt haben, das hätte ihnen zwanzig Jahre zuvor noch fünf Jahre Gefängnis eingebracht, und selbst die Zuhörer wären zumindest von der Uni geflogen. Da wurden zum Beispiel von einem Juristen Verwaltungsgerichte eingefordert, die gab es ja in der DDR nicht. Und einer der Referenten sprach von der Freiheit der Forschung und Lehre, ausführlich und begründet. Wir hatten immer die Vorstellung, ein Marxismus-Leninismus-Professor ist Professor für gar nichts. Aber dieser Mann konnte was, er konnte das auch rüberbringen. Es wurden dort Dinge gesagt, die hätte ich bestenfalls dem Prager Frühling zugetraut, aber nicht der Karl-Marx-Universität Leipzig beim Marxismus-Leninismus-Intensivkurs. Offenbar gab es bei den Gesellschaftswissenschaftlern Zirkel, sicherlich zum Teil auch – um keinen Ärger zu erregen – abgeschottet, die sehr viel weiter dachten als damals die DDR-Führung.

Herr Weiss, Sie haben sich auch als Hochschulpolitiker einen Namen gemacht. Was sehen Sie mit Blick auf die heutige Situation als wichtigste Herausforderung für die Universität Leipzig an?

Weiss: Einen Namen gemacht, nun ja ... Ich habe mich 1992, nachdem ich in der Rektorenkonferenz eine gewisse Anfangsängstlichkeit überwunden hatte, während der Jahresversammlung in Frankfurt am Main zum ersten Mal zu Wort gemeldet und gesagt: Hören Sie auf, uns Ihr System überzustülpen. Wir haben auch eigene Gedanken – projektgebundene Strukturen, interdisziplinäre Zentren, Weiterbildungsangebote. Lassen Sie uns auch unsere Erfahrungen und Überlegungen in die überfällige gesamtdeutsche Hochschulreform-Diskussion einbringen!

Wie war die Reaktion der etablierten westdeutschen Magnifizenzen?

Weiss: Das wurde zwar von den meisten mit beifälligem Kopfnicken entgegengenommen und auch in der überregionalen Presse positiv registriert. Aber da durch die Art der Wiedervereinigung Deutschlands per Beitritt keine Verfassungsdebatte stattgefunden hatte, wurde eben alles immer nach dem Diktat des Westens gemacht. So bekamen wir eine Struktur verpasst mit Beamtenrecht, was ich als völlig überflüssig ansah, mit den klassischen Fakultäten, mit starren Grenzen zwischen den Instituten. Jeder Professor musste ja ein Institut haben.

Auf Ihre Frage hinsichtlich der heutigen Situation muss ich leider feststellen, dass inzwischen der neoliberalistische Mainstream und das utilitaristische Denken voll auf die Hochschulpolitik durchgeschlagen haben. Auch in Sachsen wurde ein Hochschulgesetz durchgeboxt, das die nach der Friedlichen Revolution mühsam erkämpften demokratischen Mitwirkungsrechte aller Hochschul-

MEINE UNIVERSITÄT



Post aus Übersee

Herzlichen Glückwunsch! Eine Universität, meine Universität, wird sechshundert Jahre alt. Den Studierenden, die ich heute unterrichte, ist das

Alter der Leipziger Universität kaum vermittelbar – und das, obwohl sie an einem der ältesten Liberal Arts Colleges der USA, am Bowdoin College, studieren. Doch mein Weg als Professorin für Deutsch als Fremdsprache und Germanistik, mein Weg an diese kleine, aber feine, sehr selektive Universität – in den jährlichen Statistiken des US News & World Reports jeweils irgendwo zwischen dem fünft- und siebentbesten Rang der Nation eingestuft – begann in Leipzig, und ohne meine Leipziger Anfänge wäre ich nie hier im wunderschönen Neuengland gelandet.

In Leipzig, wo ich von 1986 bis 1991 studierte und mit dem Diplom in Germanistik abschloss, lernte ich Durchsetzungsvermögen und die Welt kennen und lieben – wenn auch nur durch die eingeschränkte Perspektive des damals berühmt-berüchtigten Studentenheims Straße des 18. Oktober 29. In Leipzig quälte – und schwänzte – ich mich durch Englischkurse, die dennoch den Grundstein dafür legten, dass ich heute zweisprachig lebe und schreibe, zu Hause in zwei Kulturen und zwei Ländern bin. In Leipzig schrieb ich meine Diplomarbeit, überwiegend in der Deutschen Bücherei, nicht zuletzt wegen des überaus maroden Zustands der Uni-Bibliothek, damals, vor fast zwanzig Jahren. Und da fasste ich Mut und die irgendwie fast an Hybris grenzende Überzeugung, mich nicht nur um ein Jahresstipendium in Madison zu bewerben – auch und vor allem dank der beherzten Empfehlung von Professor Gotthart Lerchner –, sondern es auch zu bekommen und anzunehmen. In Leipzig lerne ich, mir selbst etwas zuzutrauen und viel zu wagen.

Im August 1991 saß ich dann im Flieger. Nach dem Jahr in Madison promovierte ich in Minneapolis; seit 2002 lebe ich hier. Die Festanstellung (Tenure) bedeutet auch Sesshaftigkeit. Von diesem Zeitpunkt an bin ich nur noch für Besuche, Archivstudien, ein Forschungsfreisemester nach Deutschland zurückgekehrt. Aber ich blicke oft zurück: auf meine Zeit in meiner Uni, meinem Leipzig – und wer weiß: Vielleicht werde ich ja mein nächstes Forschungsfreisemester in der jetzt wunderschönen, alten Uni-Bibliothek verbringen. Bis dahin alles Gute und auf die nächsten sechshundert Jahre!

Birgit Tautz, Portland, Maine, USA

angehörigen weitgehend zurückführt und so im Grunde genommen ein Abbild der DDR-Hochschulen wieder herstellt. Es sind streng hierarchische Strukturen vorgeschrieben, das Konzil ist ersatzlos gestrichen, es gibt nur noch einen Senat, der höchstens sechzehn Leute umfassen darf. Der kann niemals die gesamte Hochschule abbilden. Sowohl die Entscheidungsbefugnis bezüglich der Grundordnung der Hochschule als auch das Vorschlagsrecht für die Rektorwahl liegen bei einem externen Gremium, das durch niemanden legitimiert ist: dem Hochschulrat.

Wie stellen sich diese aktuellen Prozesse aus der Sicht des ehemaligen StuRa-Initiators und heutigen Hochschulforschers dar?

Pasternack: Was den hochschulpolitischen Mainstream betrifft, sehe ich das ganz ähnlich. Was die Universität Leipzig betrifft: Ich habe 2007 eine Forschungslandkarte Ostdeutschland veröffentlicht. In dieser stellte sich heraus, dass die Universität Leipzig hinsichtlich ihrer Forschungsleistung von zwei Hochschulen überholt worden ist, die vorher hinter ihr standen, von der TU Dresden und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Damit ist die Universität Leipzig, die 1989 in Ostdeutschland noch auf Platz zwei nach der Humboldt-Universität Berlin stand, mittlerweile auf Platz vier angelangt. Wenn man das positiv formulieren will, ist damit eine Herausforderung für die Zukunft beschrieben. Leipzig bietet viele Vorteile, nicht nur infrastruktureller Art. Die Studierenden entscheiden sich für eine Hochschule nicht danach, wie die Qualität des Studiengangs ausfällt, das können ja die meisten am Beginn eines Studiums noch gar nicht einschätzen, aber sie betrachten genau, wie sich das studentische Leben außerhalb des Hörsaals gestaltet, was die Stadt zu bieten hat. Also, es ist nicht wirklich einsehbar, warum Leipzig als zweitattraktivste Stadt nach Berlin nicht auch die zumindest zweitattraktivste Universität haben sollte.

Kann das Jubiläum helfen, das Image der Universität überregional zu stärken?

Pasternack: Na ja, man darf in solche Jubiläen auch nicht zu hohe Erwartungen setzen, denke ich. Man kann das Universitätsjubiläum als symbolischen Anlass benutzen, sich auf die Geschichte zu besinnen und dies mit den Zukunftsherausforderungen des 21. Jahrhunderts und einer intensiven Diskussion darüber verknüpfen. Aber gleichzeitig muss man sagen: Universitätsjubiläen stehen immer in der Gefahr, dass die Beteiligten alles, was da stattfindet, vorrangig unter dem Marketingaspekt sehen. In einer Hinsicht kann das durchaus erfolgreich sein:

wenn es gelingt, die Bürgerschaft der Stadt Leipzig stärker für ihre Universität zu interessieren. Dafür kann es auch lohnenswert sein, sich auf Popularisierungsformen einzulassen, die einer Universität sonst eher fremd sind.

Genau das machen wir 2009 – internationale Großveranstaltungen, intellektuelle Debatten und Wissenschaft zum Anfassen.

Weiss: Die seit Jahren durchgeführten Campustage in der Innenstadt sind ja auch durchaus erfolgreich. Was Herr Pasternack sicher auch meinte, ist, dass die Universität einen unaufgeregten Diskussionsprozess über ihr Selbstverständnis und ihre Zukunft führen muss. Einen Prozess, der die corporate identity stärkt. Das wird aber durch die jetzt verordneten Strukturen objektiv erschwert. Denn die Meinungsbildung muss zwischen allen Mitgliedergruppen von unten nach oben und von oben nach unten möglichst gleichberechtigt erfolgen, und dazu wäre eben das Konzil der optimale Ort. Für mich jedenfalls waren die Konzilssitzungen immer Sternstunden, wenn sie ordentlich vorbereitet waren.

Was das Jubiläum betrifft, so dürfen wir mit Recht sagen: Schaut her, stolze sechshundert Jahre! Allerdings sollten wir nicht undifferenziert jubeln, sondern unsere Geschichte kritisch betrachten und schreckliche Fehlentwicklungen nicht unter den Teppich kehren. Immerhin war die Leipziger Uni die erste Hochschule, die sich nach 1933 – ein grauenhaftes Wort – »judenfrei« meldete. Man muss auch darüber reden, dass hier in der Kinderklinik der erste Euthanasiemord stattgefunden hat. Man darf auch das Schicksal des ersten nach dem Kriege frei gewählten StuRa-Vorsitzenden Wolfgang Natonek nicht verschweigen. Er wurde als Liberaldemokrat mit weiteren Studenten 1948 von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und später zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Andererseits sollte man aber nicht in den Fehler verfallen, die DDR-Zeit absolut zu verdammern, es gab auch damals erstaunliche Leistungen in Forschung und Lehre. Vor allem aber gab es zu allen Zeiten an dieser Universität mutige Menschen, die – jedem Druck und jeder Umarmung widerstehend – Recht und Freiheit verteidigten.

Was erwarten Sie persönlich vom Jubiläum?

Weiss: Herr Pasternack und ich erwarten jetzt vor allem, dass wir zur großen Jubiläumsfeier eingeladen werden und dann in der ersten Reihe sitzen dürfen. (lacht) ■

(Das Gespräch führte Tobias D. Höhn.)